

BUCHBESPRECHUNGEN

KARL J A S P E R S

WOHIN TREIBT DIE BUNDESREPUBLIK?

Tatsachen, Gefahren, Chancen. Verlag R. Piper & Co, München 1966. 281 S., Paperback 9,80 DM.

Und die Bibel hat doch recht: Ein Prophet gilt nirgend weniger als in seinem Vaterlande. Auch Cassandra wurde von den Trojanern für wunderlich oder schlicht verrückt angesehen. Da darf es einen nicht wundern, daß Karl Jaspers' neues Buch hierzulande zwar heftig diskutiert, aber gerade von denen nicht ernst genommen wird, die es am meisten angeht: die Regierenden, der Bundestag und überhaupt alle, die in der Bundesrepublik politische Verantwortung tragen. Vielleicht lesen sie es nicht einmal, da ja der Bundeskanzler erst unlängst bei der Eröffnung des Olaf-Gulbransson-Museums in Tegernsee wieder einmal gegen die ewigen Kritiker gewettert hat, diese „erbärmlichen Kreaturen, die ein geistloses Geschäft

betreiben, grundsätzlich herabwürdigen und alles, was dem Volk noch Wert geben könnte, negativ darstellen“.

Schlimme Leute sind das fürwahr, und zu ihnen gehört eben auch Karl Jaspers, auf den man, schließlich gehört man ja zum Volk der Dichter und Denker, als Philosophen stolz ist. Aber als politischer Prophet? Da wagt dieser Mann doch hinzuschreiben: „Es ist fast unbegreiflich, daß die Mehrzahl der Politiker und die Bevölkerung nicht merken, was da geschieht, und nicht einmal die meisten derjenigen, die selber daran mitwirken (wie vor 1933).“

Es ist in der Tat unbegreiflich. Der Dortmunder Parteitag der SPD, der hinsichtlich der Deutschlandpolitik endlich einige positive Ansätze gebracht hat, hat sich andererseits gegen nur 20 Stimmen für die Notstandsgesetze ausgesprochen. Es ist, als ob alle die vielen Argumente, die gegen diese Gesetze von wohlunterrichteten Juristen, Physikern, Wirtschaftsfachleuten und anderen seit Jahren vorgebracht worden sind, in den Wind geredet wurden.

Die Bedrohung der Freiheit, unserer Freiheit, die in diesen Gesetzen mit Händen zu greifen ist, können oder wollen unsere Politiker nicht sehen. Was haben sie eigentlich gegen folgende Sätze von Jaspers, die für seine ganze Kritik an der Fehlentwicklung der Bundesrepublik zentral sind, Stichhaltiges vorzubringen?

„Da alle Parteien und Regierungen durch Menschen wirken, und da die Macht als solche den Menschen verdirbt, ist die Einschränkung der Macht notwendig. Die Macht drängt nach mehr Macht, nach absoluter Macht. Sie trübt das Urteil. Sie wird böse, wenn sie nicht im Dienst der Idee steht, die ihr Gehalt gibt, von der sie ihren Sinn zu Lehen trägt. Daher ist jede Sicherung, die die Macht absolut werden läßt, nicht mehr Sicherung, sondern Zerstörung gerade dessen, was gesichert werden soll.“

Man kann gegen Jaspers' Buch mancherlei Einzelheiten vorbringen. Man kann ihm auch' allgemein entgegenhalten, daß es zwar eine im ganzen treffende Analyse oder Diagnose unseres politischen Zustandes gibt, aber keine oder nur wenige konstruktive, sozusagen therapeutische Vorschläge mache. Aber man kann nicht übersehen, daß die Diagnose eben im ganzen zutrifft, und daß es schließlich nicht Sache eines dreiunddutzigjährigen Philosophen ist, Vorschläge für die Änderung unserer Verfassung oder unserer politischen Verfahrensweise zu entwickeln. Sache der Propheten ist es von jeher gewesen, drohende Gefahren aufzudecken und die Menschen zur Buße, das heißt aber zur Sinnesänderung aufzurufen.

Nichts anderes tut Jaspers. Er hat den Kern des Übels aufgedeckt: das übersteigerte Sicherheitsverlangen der Bundesrepublikaner, das sich ja wieder und wieder in den Wahlslogans der großen Parteien ausgedrückt hat: Keine Experimente! Sicher ist sicher! Sicherheit für alle! Und das in einer geschichtlichen Situation, die mehr denn je Wagemut, Risikofreudigkeit und Bereitschaft zu neuen Wegen und Methoden verlangt!

„Grenze der Sicherheit ist dort, wo die Freiheit durch falsche Freiheit selber vernichtet, wenn Gesetzlichkeit durch Gesetz aufgehoben werden soll. Die menschlichen Dinge gestatten keine absolute Sicherheit. Freiheit kann sich nur durch Freiheit im Risiko behaupten. Wer absolute Sicherheit will, will die Unfreiheit und den politischen Tod. Der Wille zur absoluten Sicherheit drückt eine Gesinnung aus, die die Wirklichkeit des menschlichen Daseins nicht anzuschauen wagt, nicht in das Antlitz der unerbittlichen Gorgo blicken, sondern sie als nichtvorhanden ignorieren möchte.“

Dieser Vorwurf, daß die Bundesrepublik eine Vogel-Strauß-Politik (übrigens in mehr als einem Sinne!) treibe, trifft in das Schwarze unserer politischen Existenz. Man mag diese oder jene Einzelheit von Jaspers' Kritik überspitzen oder abwegig finden, aber niemand, der

eben nicht gewaltsam die Augen verschlossen hält, kann ihm bestreiten, daß die Bundesrepublik — Regierende so schlecht wie Regierte — es seit ihren Anfängen ablehnt, sich der Wirklichkeit zu stellen, wie sie nun einmal ist.

„Die Bundesrepublik hat sich verrannt in eine phantastische Vorstellungswelt. Diese begründet sie auf Rechtsansprüche. Sie sitzt ausweglos in einer Sackgasse. Aus ihr heraus kommt sie nur, wenn sie umkehrt, sich auf die wirkliche Lage besinnt und ihre Politik auf einen Boden stellt, der trägt und nicht fiktiv ist.“

Stände Jaspers mit seiner Kritik allein, so könnten die Politiker, die sich verrannt haben und ausweglos in einer Sackgasse sitzen, sein Buch vielleicht abtun als belanglose Stellungnahme eines freundlichen oder auch unfreundlichen alten Herrn. So liegen die Dinge jedoch nicht. Von der Höhe seines Alters und aus der Distanz einer langen Lebenserfahrung faßt der Philosoph vielmehr in einem großen Bogen die zahlreichen Einzelkritiken zusammen, die seit Jahren von der außerparlamentarischen Opposition, von den Gewerkschaften, von Studenten und Professoren, von Publizisten und Unabhängigen in allen Berufen vorgetragen und begründet werden. Jaspers hat den Vorzug, sich nicht mit Einzelproblemen befassen zu müssen, sondern die Wurzeln aufdecken zu können, aus denen das Unheil erwachsen ist. An der Art, wie sich unsere Politiker mit seiner prophetischen Kritik auseinandersetzen oder sich dieser Kritik entziehen, kann man zugleich ablesen, wieviel der Geist eigentlich in diesem Lande gilt.

Man kann Jaspers' Appell absichtlich überhören. Man kann sich dagegen die Ohren verstopfen, wie man das zu allen Zeiten der menschlichen Geschichte gegenüber den Propheten getan hat. Wenn sich dann aber eines Tages herausstellen sollte, daß Jaspers recht gehabt hat, daß das Unheil nicht mehr aufzuhalten ist, dann sollte man wenigstens nicht sagen, daß man nicht gewarnt worden sei. Dem Opportunismus und der billigen Flucht in kleine Mittelchen und Aushilfen für den Tag stellt der Philosoph seinen sittlichen Appell entgegen, der eine Berufung auf die Menschenwürde darstellt:

„Wir müssen in dem Bewußtsein der totalen Bedrohtheit leben, die wir nicht aufzuheben vermögen. Eine andere Lebensstimmung als die des banalen Glücks und der bodenlosen Angst ist gefordert. Wir wollen lieber in der Wahrheit als im Wahne leben. Wir wollen die Möglichkeit der Steigerung des Menschen durch Erfahrung der Grenzsituation nicht verlieren. Wir wollen einen Sinn unseres Schicksals gewinnen. In der Wirklichkeit der Geschichte kann der Mensch durch Bescheidung größer werden.“

Dr. Helmut Lindemann

KARL STEINBUCH AUTOMAT UND MENSCH

Kybernetische Tatsachen und Hypothesen. Dritte neu bearbeitete und erweiterte Auflage. Springer-Verlag, Berlin/Heidelberg/New York 1965. XII u. 454 S. mit 152 Abb., Ln. 36 DM.

Die Kybernetik, das zeichnet sich immer klarer ab, ist nicht nur die Basiswissenschaft für die weitere technische Entwicklung; sie erobert sich darüber hinaus von Jahr zu Jahr neue Einflußgebiete. So sind schon heute Biologie, Psychologie, Soziologie, Volks- und Betriebswirtschaftslehre, Philosophie und selbst die Politologie ohne kybernetische Forschungsmethoden kaum mehr vorstellbar. Einer der ersten, der auf diese fakultätssprengende und fakultätsübergreifende „Brücke zwischen den Wissenschaften“ hinwies, war der Verfasser des vorliegenden Standardwerkes der Kybernetik, Professor Dr.-Ing. Karl Steinbuch von der Technischen Hochschule Karlsruhe.

Als 1961 die erste Auflage seines Buches erschien, lagen an Veröffentlichungen über diese neue Wissenschaftsrichtung in deutscher Sprache fast ausschließlich Übersetzungen aus dem Amerikanischen und Französischen vor. Weitere Verbreitung fanden damals nur die Bücher des Amerikaners *Norbert Wiener*. Steinbuchs „Automat und Mensch“ hatte Anfang der sechziger Jahre also kaum Konkurrenz. Inzwischen ist die Kybernetik in Mode gekommen, dementsprechend stieg auch die Zahl der Veröffentlichungen über dieses Gebiet. Aber auch heute noch, da die dritte Auflage von Steinbuchs Standardwerk erschien, gibt es im deutschsprachigen Raum, kein Buch über diesen Fragenkreis, das „Automat und Mensch“ den Rang streitig machen kann.

Steinbuch verfügt als Praktiker der Nachrichtentechnik sowie der Automation und als Pionier der Kybernetik nicht nur über das notwendige Fachwissen, er versteht es auch ganz ausgezeichnet, komplizierte Sachverhalte allgemeinverständlich darzustellen und hat überdies den Mut, gegen in der Bundesrepublik tabuierte Vorstellungen anzugehen. So zieht sich wie ein roter Faden die These Steinbuchs durch das Buch: „Auf keinen Fall scheint es erwiesen oder auch nur wahrscheinlich zu sein, daß zur Erklärung geistiger Funktionen Voraussetzungen gemacht werden müssen, welche über die Physik hinausgehen.“ Mit der Elle strenger Rationalität werden von dem streitbaren Kybernetiker eine ganze Reihe von pseudowissenschaftlichen Vorstellungen gemessen und verworfen. Steinbuch schrieb also nicht nur die beste deutschsprachige Einführung in die Kybernetik, sondern betreibt gleichzeitig eine desillusionierende Aufklärung, bei der ideologisch getarnten Vorurteilen kein Pardon gegeben wird.

Die eigentlichen Themen des Buches, die kybernetischen Tatsachen und Hypothesen,

kommen dabei keineswegs zu kurz. Signal und Nachricht, Informationstheorie, Zeichenerkennung, Speicher, Regelung, Nachrichtenverarbeitung, Lernende Automaten, Kybernetik und Organisation — so heißen einige der Kapitelüberschriften, die charakteristisch sind für die Breite der Themen, die hier zur Sprache kommen und didaktisch geschickt abgehandelt werden. Sehr einprägsam und einleuchtend ist auch die Definition, die Steinbuch formuliert: „Unter Kybernetik wird einerseits eine Sammlung bestimmter Denkmodelle (der Regelung, der Nachrichtenübertragung und der Nachrichtenverarbeitung) und andererseits deren Anwendung im technischen und außertechnischen Bereich verstanden.“ Oder in Kurzform: „Unter Kybernetik wird die Wissenschaft von den informationeilen Strukturen im technischen und außertechnischen Bereich verstanden.“ Das sind Definitionen, die nicht allzu kompliziert abgefaßt sind, die man sich merken kann und die den Forschungsbereich treffend umreißen.

Ein weiteres Positivum des Buches ist, daß Steinbuch keineswegs die möglichen mißlichen Folgen weiterer technischer Entwicklungen verschweigt. Er schreibt dazu: „Wenn auf lange Sicht die Automaten die menschliche Arbeitskraft in größerem Umfang ersetzen, dann muß durch eine weise Sozialordnung sowohl die noch von Menschen zu leistende Arbeit als auch der Nutzen der Automatenarbeit gerecht verteilt werden.“

Sehr zutreffend warnt er aber vor der Illusion, wir könnten uns von der weiteren technischen Entwicklung ausschließen: „Wir haben nur die Alternative, in diesem wissenschaftlich technischen Wettstreit vorne oder hinten zu rangieren mit all den politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen, die sich für eine hochentwickelte oder unterentwickelte Gesellschaft ergeben.“ Steinbuch vermutet, „daß die Kybernetik die zukünftige Universalwissenschaft sein wird. Der Kybernetiker wird der Vermittler zwischen den Spezialisten sein.“ So kommt er zu der Empfehlung: „Wer eine führende Rolle in Staat und Wirtschaft einnehmen möchte, sollte Kybernetik studieren.“

Wir können unser Resümee kurz fassen: „Automat und Mensch“ ist zur Zeit die beste deutschsprachige Einführung in das umfangreiche Wissenschaftsgebiet der Kybernetik. Steinbuchs Veröffentlichung kann jedem denkenden Menschen vorbehaltlos empfohlen werden. Mehr noch, wer mitbestimmen will in unserem Staate und in unserer Wirtschaft, der sollte sich keinesfalls das geistige Vergnügen versagen, dieses überaus wichtige Buch von der ersten bis zur letzten Seite durchzuarbeiten. Dem Rezensenten jedenfalls ist derzeit keine Publikation bekannt, der er die Bedeutung beimessen könnte, die seiner Meinung nach Steinbuchs „Automat und Mensch“ für das Verständnis der Welt von heute und morgen zukommt.

Günther Heyder

HOLGER HEIDE
DIE LANGFRISTIGE WIRTSCHAFTS-
PLANUNG IN SCHWEDEN

Forschungsberichte des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (Kieler Studien). Herausgegeben von Erich Schneider. Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1965. 147 S., 32 Tabellen und 8 Schaubilder. Brosch. 28 DM.

Der Begriff der Wirtschaftsplanung ist nicht nur in der Bundesrepublik umstritten; wenn gleich er hierzulande vorwiegend aus ideologischen Gründen suspekt erscheint. Wer sich von angestaubten Ideologien dieser Art nicht beeindruckt läßt, muß dennoch zugestehen, daß es nach wie vor schwierig ist, diesen Begriff exakt zu bestimmen und abzugrenzen.

Der bei uns zu verzeichnende Streit um die Planung — und das macht die Sache betrüblich: — geht in den meisten Fällen an den Tatsachen vorbei. Die Streitenden nehmen häufig nicht zur Kenntnis, daß ihnen über ihre liebgeordnete Debatte die Fakten davongelaufen sind. Es kommt hinzu, daß wir *in* der Bundesrepublik nur über unzureichende Erfahrungen auf dem Gebiet der ökonomischen Planung verfügen. Diese Erfahrungen wurden überdies gesammelt in Zeiten einer auf den Krieg ausgerichteten Zwangswirtschaft oder in einer Mangelsituation, in der es lediglich darum ging, die Not möglichst gerecht zu verteilen. Diese Erfahrungen wirken nach und belasten die Diskussion.

In der vorliegenden Arbeit untersucht der Verfasser nun an dem Beispiel Schwedens, eines Landes also, das nicht Krieg geführt hat und das man heute gern als Wohlfahrtsstaat bezeichnet, in welchem Ausmaß dort eine gesamtwirtschaftliche langfristige Planung betrieben wird.

Die Wirtschaftsplanung in Schweden begann bereits im letzten Jahr des zweiten Weltkrieges, als die regierende Sozialdemokratische Partei ein Programm für die Nachkriegszeit veröffentlichte. Als Ziele ihrer Politik nannte sie Vollbeschäftigung, gerechtere Einkommensverteilung und höheren Lebensstandard sowie eine größere Effektivität und mehr Demokratie im Wirtschaftsleben. Die Planung setzte sich 1948 fort mit einem Gutachten für die OEEC. Damals herrschte die Auffassung vor, daß durch langfristige Pläne die Richtung der Entwicklung festzulegen sei. Die zu diesem Zweck gefertigten Gutachten waren jedoch nur Orientierungshilfen, keineswegs auf lange Frist verbindliche Pläne. Im Verlauf der Entwicklung verzichtete die Regierung zunehmend auf den direkten Eingriff in den Wirtschaftsablauf. Sie entschied sich für indirekt wirkende marktkonforme Mittel. An die Stelle eines umfangreichen Systems von Lizenzierungen und Regulierungen traten ein Investitionsfonds und Kreditabsprachen.

Aus der Untersuchung geht hervor, daß sich auch die Zielsetzung der Planung entscheidend geändert hat. Während die Planungsinstanzen zu Beginn anstrebten, das durch den Krieg in Unordnung geratene Gleichgewicht der schwedischen Zahlungsbilanz wiederherzustellen, trat später an dessen Stelle das Bestreben, den „Wirtschaftssubjekten Informationen über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zur Verfügung zu stellen“. Dieser Trend — ein allgemeines und möglichst umfassendes Informationsinstrument zu schaffen — setzte sich weiter fort. Für die Periode von 1965 bis 1970 will die Planungskommission versuchen, noch wesentlich detailliertere Unterlagen über die Situation in einzelnen Branchen zu erhalten. Ein entscheidender Mangel bei dieser Arbeit — so meint der Autor — ist die unzureichende Statistik des Landes. Das statistische Zentralbüro bemüht sich gegenwärtig darum, die Lücke zu schließen, um bessere Voraussetzungen für ausreichende Informationen zu schaffen. Sie sollen eine sachliche Abwägung zwischen den Anforderungen für Investitionen und Konsum ermöglichen.

Aus der Untersuchung von Heide ergibt sich, daß langfristige Wirtschaftsplanung ein Instrument der Wirtschaftspolitik sein kann wie jedes andere. Sie soll helfen, die Ziele der schwedischen Wirtschaftspolitik — Steigerung des Lebensstandards, Erhaltung der Vollbeschäftigung bei stabilem Preisniveau und Ausgleich der Zahlungsbilanz — zu erreichen und zu sichern. Und dies geschieht dadurch, daß einmal Einfluß genommen wird auf die staatliche Wirtschaftspolitik und zum anderen auf die Dispositionen der Verbraucher.

Die weitere Entwicklung der schwedischen Wirtschaftsplanung soll dem vorgezeichneten Verlauf folgen. Ausgangspunkt bleiben reine Expertengutachten. Diese wiederum gehen von alternativen Prognosen über die Entwicklung gewisser Größen wie Exportmöglichkeiten und Bevölkerungsentwicklung aus. Diese Daten sind die Grundlage einer Diagnose, die möglichst viele bis in die Details gehende Informationen über Branchen, Produkte, Märkte und Regionen enthält. Da weder auf die Unternehmen noch auf die einzelnen Verbraucher ein Zwang ausgeübt wird, bleibt es Aufgabe des Staates, die Entscheidungen der „Wirtschaftssubjekte“ zu akzeptieren und mit wirtschaftspolitischen Maßnahmen dort einzugreifen, wo die Entwicklung den Plänen zuwider läuft.

Auf den ersten Blick drängt sich die Vermutung auf, daß diese Art der Wirtschaftsplanung letztlich auf nichts anderes als auf eine „Seelenmassage“ hinausläuft, deren Erfolg — wie wir aus bundesdeutschen Erfahrungen wissen — nicht sehr groß sein kann. Da aber die schwedische Regierung sich nicht damit begnügt, sondern eine Fülle von Orientierungs-

daten liefert, außerdem durch wirtschaftspolitische Entscheidungen bestimmte Entwicklungen fördert und andere erschwert, sieht das Ergebnis in Schweden doch wesentlich anders aus. Es kommt hinzu, daß sich die Regierung mit ihrer Arbeitsmarktbehörde ein wirkungsvolles Instrument geschaffen hat. Sie beeinflußt den Arbeitsmarkt, indem sie systematisch durch großzügige Ausbildungsbeihilfen und durch materielle Anreize die Wanderung der Arbeitskräfte in die produktivsten Bereiche der Volkswirtschaft fördert. Die Gewerkschaften unterstützen diese Entwicklung. Sie berücksichtigen die Lenkungsfunction der Löhne bei ihren tarifpolitischen Entscheidungen. Und noch ein wesentlicher Punkt ist zu erwähnen, der die Wirtschaftspolitik dort von den bei uns geübten Bräuchen unterscheidet. Die Gewerkschaften sind in Schweden gleichberechtigte und wichtige Partner der Regierung. Sie werden vor Entscheidungen konsultiert und nicht etwa, wie dies unser Bundeskanzler gern tut, bei Bedarf zu Sündenböcken abgestempelt.

Der hohe Lebensstandard und die vorbildlichen sozialen Einrichtungen Schwedens sind ein Indiz dafür, daß diese Form der Wirtschaftspolitik sehr wohl Ergebnisse erzielen kann, die auch in der Bundesrepublik Zustimmung finden dürften.

Die Untersuchung von Heide ist ein solider Beitrag zur Diskussion über Möglichkeiten und Grenzen des uns bekannten wirtschaftspolitischen Instrumentes. Ein Nachteil ist der trockene wissenschaftliche Stil der Arbeit, auf den viele unserer Professoren glauben nicht verzichten zu können. Er macht die Arbeit für interessierte Gewerkschafter leider nur schwer verdaulich.

Horst Helbing

HEINER ERNST

DIE GRÜNE FRONT

Probleme der Agrarpolitik der EWG. Europa-Verlag, Wien-Frankfurt-Zürich 1965. 212 S., Paperback 12,80

Die Probleme der Agrarpolitik in der EWG will eine Schrift darstellen, die in der Reihe „Europäische Perspektiven“ herausgebracht wurde. Der Verfasser gibt zunächst einen Überblick über die Stellung der Landwirtschaft im Wirtschaftsleben der EWG-Staaten, der durch amtliches statistisches Material untermauert ist und Feststellungen als Ausgangspunkt für weitere Überlegungen bringt, wie die, daß die „volkswirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft in der EWG . . . nicht besonders groß“ ist, daß der „Großbetrieb auf dem Lande . . . dem kleinen ebenso überlegen sein (wird) wie die Industrie dem Kleingewerbe“, daß „Schuld an der Disparität . . . auch der Überbesatz eines großen Teiles der

Betriebe mit Arbeitskräften“ ist (S. 14), daß „die Masse der Bauernhöfe . . . unter die Kategorie der unrentablen Betriebe (fällt), für die schon sehr bald in der EWG . . . kein Platz mehr sein wird“ (S. 17) und daß die politischen Parteien davor zurückschrecken, „den Landwirten die volle Wahrheit zu sagen, weil man allzusehr an die Wahlarithmetik, an den Wahlerfolg, an die Mandate denkt“ (S. 18). In der Landwirtschaft der Bundesrepublik, Italiens und Frankreichs seien „mehr als 4 Millionen Menschen zuviel beschäftigt“ (S. 23). „Der 10-ha-Betrieb . . . könnte zumindest in der näheren Zukunft Bestand haben, sofern die Klein- und Mittelbauern ihren eingefahrenen Konservatismus und ihre weltfremde Eigenbrötelei überwinden und ihren ungenügenden Bildungsstand verbessern“ würden (S. 29).

Es werden dann Strukturprobleme der Landwirtschaft in den einzelnen EWG-Staaten skizziert und einige grundsätzliche Fragen gestellt, wie z. B. die nach der zukünftigen Betriebsform der Landwirtschaft. Dabei müsse „der Westen . . . zwangsläufig die landwirtschaftliche Entwicklung im Ostblock berücksichtigen. Bereits heute zeigt sich, daß das östliche System der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften — das im Westen leider zu häufig und zu Unrecht lediglich durch die dunkle Brille der Propaganda gesehen wird — besonders in den Entwicklungsländern eifrige Nachahmer findet“ (S. 57).

Ein weiterer Abschnitt befaßt sich mit dem agrarpolitischen Konzept der EWG und versucht, die angewendeten agrarpolitischen Mittel darzustellen. Unter dem Abschöpfungs-system „versteht man den Ausgleich zwischen Einfuhr- und Inlandpreisen, da die Zölle abgeschafft worden sind“ — eine allerdings recht unscharfe Definition. In Wirklichkeit hat die „Abschöpfung“ den Charakter des gleitenden Zolls, also eines der am stärksten importrestriktiv wirkenden Mittel, und kann in keinem Fall als ein Mittel einer irgendwie progressiven und dynamischen Wirtschaftspolitik angesehen werden, sondern nur als Rückfall in finstersten Protektionismus und skurrilen Merkantilismus.

Eine umfangreiche Darstellung über das Verhältnis der EWG und der Landwirtschaft der assoziierten Länder, wozu im wesentlichen die früheren afrikanischen Kolonien Frankreichs zählen, aber auch Griechenland und die Türkei und wozu merkwürdigerweise auch ein so sozial und wirtschaftlich zurückgebliebenes Land wie der Iran gehören will, leitet über zu einer Betrachtung über die zwischen EWG und USA bestehenden Agrarprobleme, die auf eine scharfe Exportkonkurrenz auf dem Agrarsektor zwischen Frankreich und den USA hinauslaufen. Damit ist auch schon die Grundfrage des letzten Kapitels angesprochen — denn die

USA sind im Verhältnis zur EWG ein „Drittland“ — nämlich „Die EWG-Agrarpolitik und die Drittländer“. Resümierend meint Ernst (S. 206), daß die EWG „im agrarpolitischen Teil ... zu schnell aufgebaut“ sei, andererseits die EWG-Agrarpolitik geändert werden müsse, „um das Ausland EWG-freundlicher zu stimmen“ (S. 206), und daß die EWG (S. 208) „aufhören (müsse), die wirtschaftliche ... Integration Europas zu verhindern“.

Dr. Ulrich Teichmann

ERNST HEUSS

ALLGEMEINE MARKTTHEORIE

St. Galler Wirtschaftswissenschaftliche Forschungen, herausgegeben von der Handels-Hochschule St. Gallen für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften mit Unterstützung der Stiftung für wissenschaftliche Forschung, Bd. 21. Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, Polygraphischer Verlag A. G., Zürich 1965. VI/275 S., Ln. 40 DM.

Diese „allgemeine“ Markttheorie unterscheidet sich von den „gängigen“ Markttheorien dadurch, daß sie sich von den überkommenen Darstellungsweisen erfreulich frei gemacht hat. Sie hängt nicht am Klischee, sondern sucht nach vernünftigen Anknüpfungspunkten und findet sie auch bei der *Schumpeterschen* Lehre vom „schöpferischen“ und „innovierenden“ Unternehmer. Diesem Typus, dem eher Seltenheitswert zukommt, wird der „konservative“ Unternehmer gegenübergestellt. Er macht den Regelfall aus. Eine genauere Unterscheidung distanziert dann noch den „Pionierunternehmer“ und den „spontan imitierenden“ Unternehmer auf der evolutionären und den „unter Druck reagierenden“ und den „immobilen Unternehmer“ auf der konservativen Seite. Alle diese Unternehmertypen sind aus der Markttheorie (moderner Prägung) ausgegliedert worden. Ihre Eingliederung, so fordert Heuss, ist nachzuholen. Dieses Nachziehverfahren ist das Anliegen dieses in mannigfacher Hinsicht hervorragenden Buches.

Ein zweiter Grundgedanke, den Heuss einbaut, liegt in der Tatsache begründet, „daß alle Industrien bzw. die dazugehörigen Märkte im Laufe ihrer Entwicklung die gleichen Phasen durchlaufen, so daß von einem ganz allgemeinen Entwicklungsprozeß gesprochen werden kann. Dies schließt nicht aus, daß jede Industrie ihre historischen Eigenheiten hat, die aber eher als Oszillationen um den allgemeinen Entwicklungstrend aufzufassen sind“ (S. 15). Welches sind nun diese Entwicklungsphasen? Heuss kennt deren vier und er bezeichnet sie wie folgt: 1. Die Experimentierungsphase; ihr werden die Seiten 25 bis 40 gewidmet; 2. Die Expansionsphase, welche auf den Seiten 41 bis 62 behandelt wird; 3. Die Ausreifungsphase; sie wird auf den

Seiten 62 bis 84 geschildert und 4. Die Stagnations- und die Rückbildungsphase, deren Darstellung die Seiten 85 bis 104 ausfüllt.

Die Kombination dieser beiden äußerst fruchtbaren Komplexe: Unternehmertypen auf der einen und Marktentwicklungsphasen auf der anderen Seite, erfolgt in jenem zentralen Buchkapitel, welches mit „Marktprozeß und Unternehmertypus“ überschrieben ist und die Seiten 105 bis 144 beansprucht. Heuss macht darin deutlich, „daß zwischen Marktphase und Unternehmertypus ein innerer Zusammenhang besteht“ (S. 105) und daß das jeweilige Mischungsverhältnis der Unternehmertypen für die Marktstruktur oftmals entscheidender zu sein scheint, als das übliche Kriterium der Anbieter- oder Nachfragerzahl. Allerdings liegen die Dinge hier nicht immer klar und eindeutig vor uns. Ein und dieselbe Kombination von Unternehmertypen kann nämlich je nach Verhaltensweise und Marktphase etwas völlig verschiedenes bedeuten. Trotzdem, und darin möchten wir Heuss beipflichten, ist seine Betrachtungsweise des Marktgeschehens überaus fruchtbar und sie „macht die enorme Verengung des Gesichtskreises bei der üblichen theoretischen Analyse offenbar“ (S. 134), von der nunmehr hoffentlich wohl abgegangen werden wird.

Das nachfolgende Kapitel (S. 145 bis 211) trägt den nicht gerade aufschlußreichen Titel „Die Gleich- und die Verschiedenartigkeit“. Hier wird jedoch das bislang erarbeitete Ergebnis dahingehend überprüft, daß man es nunmehr unter den realistischen Bedingungen gleicher und verschiedener Produktnachfrage vorführt. Es darf nicht wundernehmen, daß dieses Kapitel etwas höhere theoretische Anforderungen stellt, aber das trifft auch schon für das vorhergegangene zu. Und dann wird noch der Versuch unternommen, die Kosten- und die Erlösseite ins Geschehen einzubeziehen, und auch dieses Unterfangen ist nicht dazu angetan, die Dinge zu vereinfachen. Aber das ist kein Vorwurf spezieller Art. Im Gegenteil: jede Annäherung an die Wirklichkeit kompliziert das meist einfache Ausgangsmodell, und es ist dem Autor absolut positiv anzumerken, daß er die mathematische Darstellungsform seiner Überlegungen nicht in den laufenden Text einbaut, sondern daß er sich dieser Versuchung wissenschaftlicher Eitelkeit gegenüber immun erweist und die entsprechenden Passagen jedem Kapitel getrennt als „Appendix“ anfügt.

Ein vorletztes Kapitel befaßt sich (auf den Seiten 212 bis 261) abermals mit einem von der nationalökonomischen Theorie recht stiefmütterlich behandelten Gebiet, nämlich mit dem Phänomen der „Zeit“. Hier wird die Zeit als „Iteration“ und die Zeit als „Mutation“ im Zusammenhang mit dem Marktgeschehen in einer Weise behandelt, die als vorbildlich bezeichnet zu werden verdient, auch wenn sie, was nicht zu vermeiden ist, in den schwierigen

Bereich des Wahrscheinlichkeitskalküls einmündet.

Das abschließende Kapitel ist dann noch dem „wirtschaftspolitischen Standort“ (S. 262 bis 268) gewidmet. Es will mir scheinen, als hätte dieses Nachwort, denn mehr ist es nicht, unterbleiben können. In dieser Kurzform ist den Dingen doch nicht beizukommen, besonders wenn es sich um Fragen dieser Bedeutung und Tragweite handelt. Aber das ist nur ein unbedeutender Schönheitsfehler, welcher der großartigen Konzeption des vorliegenden Werkes keinen Abbruch tun kann.

Dr. Johannes Kasnacich-Schmid

HORST ZIMMERMANN
ÖFFENTLICHE FINANZHILFEN
AN ENTWICKLUNGSLÄNDER

Gesamtwirtschaftliche und politische Maßstäbe zur Bestimmung ihrer Form. Finanzwissenschaftliche Forschungsarbeiten, N. F. Heft 29, Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1963. 168 S., brosch. 19,80 DM.

HEINZ BACHMANN
ZOLLPOLITIK UND ENTWICKLUNGSLÄNDER

Die Zollpolitik der Industriestaaten als Hindernis der wirtschaftlichen Entwicklung unterentwickelter Länder. Schriftenreihe der Wirtschaftsprobleme der Entwicklungsländer, Bd. 2, Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebet), Tübingen und Polygraphischer Verlag A. G., Zürich 1965. 121 S., brosch. 17,50 DM.

Es ist ganz offensichtlich, daß trotz des Herausstellens privatwirtschaftlicher Grundsätze und marktwirtschaftlicher Konzeptionen die Hauptlast der Entwicklungshilfe in aller Welt vom Steuerzahler, d. h. von der öffentlichen Finanzwirtschaft getragen wird. Im Grunde kann das nicht überraschen, denn wäre dem Problem der Unterentwicklung mit einfachem Gewinn/Verlust-Denken beizukommen, so wäre es längst gelöst. Nun aber bedeutet Unterentwicklung in diesem Sinne ja gerade, daß dieser Mechanismus nicht funktioniert, weil es an allen Voraussetzungen dazu fehlt. Wollen wir also tatsächlich helfen, so müssen wir schon in den Steuersäckel greifen, um die Voraussetzungen zu schaffen, auf denen eine selbsttragende, sich dann ggf. marktwirtschaftlich orientierende Wirtschaft aufbauen kann.

Zimmermann hat in dankenswert mutiger Weise die oft reichlich verklemmten Gedankengänge der um jeden Preis Neoliberalen herausgearbeitet, die öffentliche Finanzhilfe gleich Staatsintervention setzen und a priori für suspekt halten, und die oft groteske Vorstellungen vom Vorhandensein unternehmerischer Kräfte in Entwicklungsländern entwickeln. Besonders verdienstvoll ist die Gegenüberstellung

der Vergabeprinzipien von Entwicklungshilfe aus öffentlichen Mitteln seitens der USA, der Bundesrepublik Deutschland, der UdSSR und der großen internationalen Finanzinstitute, die manche bei uns vorherrschende Meinung korrigiert. Er weist der öffentlichen Finanzhilfe der Industrieländer den Platz zu, der ihnen besonders heute, am Anfang des Zeitalters der Entwicklungshilfe, zusteht und unterstreicht die Chance, die darin liegt, „daß der Staat bei der Kapitalhilfe nicht primär gewinnorientiert ist, sondern sich nach der Interessenlage der Empfänger richten kann; die ist aber dann am besten berücksichtigt, wenn der Kapitalgeber die verschiedenen Auflagen, die er zur Verfügung hat, so auswählt, daß die einzelne Investition unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Entwicklungsstufe des Landes den erhofften Beitrag zum Wachstum leisten kann“. (S. 159.) Hier konnte der Verfasser berechtigte Kritik bei der Hilfe des Westens ansetzen.

Kritisch setzt sich auch die Arbeit von *Bachmann* mit der Haltung des Westens gegenüber den Entwicklungsländern auseinander, und zwar hinsichtlich der Zollpolitik. Es liegt auf der Hand, daß die Errichtung von exportorientierten Industrien allein eine sinnvolle Koordinierung der in den Entwicklungsländern vorhandenen Produktionsfaktoren gestattet mit dem Ziel, von der unrentablen und unsicheren Rohstoffausfuhr zum devisenbringenden Exportgeschäft mit Halb- und Endserzeugnissen fortzuschreiten. Hier nun zeigt sich, daß z. T. beträchtliche Einfuhrzölle der Industrieländer in steigendem Maße den Export erschweren, je weiter die Verarbeitung der Rohstoffe fortgeschritten ist. Allein die EWG verfolgt ihren assoziierten Mitgliedern gegenüber eine exportfreundliche Politik, allerdings heute zu einer Zeit, da die meist reinen Agrar- oder Rohstoffländer der europäischen Industrie kaum gefährlich werden können. Der Verfasser bezweifelt, ob diese Regelung in Brüssel auch dann aufrechterhalten werden kann, wenn diese Länder eines Tages mit massiven Exporten an Industriegütern auf dem europäischen Markt auftreten. Sicher ist eines: die ganze, wie auch immer motivierte Entwicklungshilfe wird scheitern, wenn sich die Industrieländer nicht bereitfinden, auch die jungen, nachwachsenden Konkurrenten auf dem Industriesektor anzuerkennen, ihnen eine Chance zu geben und sich mit ihnen in einem fairen Wettbewerb zu messen. Prohibitivzölle — und sie weist *Bachmann* nach — sind dazu nicht das rechte Mittel. Wenn man in den jungen Staaten die Geschäftspartner von morgen sehen will, und das ist durchaus legitim, so sollte man ihnen möglichst bald den Schritt vom kolonialwirtschaftlichen Rohstoffexport zur weltwirtschaftlichen Partnerschaft gestatten. *Dr. Wolf Donner*

HANNELORE GERSTEIN
STUDIERENDE MÄDCHEN

Zum Problem des vorzeitigen Abgangs von der Universität. Mit einer Einführung von Ralf Dahrendorf. R. Piper & Co Verlag, München 1965. 130 S., kart. 16,80 DM.

Frau Gerstein untersucht, warum die Quote des Studienabbrudis bei Studentinnen beträchtlich höher liegt als bei Studenten. Dabei können teilweise überraschende Zusammenhänge aufgezeigt werden. So verlassen etwa die Töchter von Akademikern besonders häufig die Universität ohne Studienabschluß, da bei ihnen in vielen Fällen gar kein bewußter Entschluß zur Aufnahme eines Studiums vorgelegen hatte. Der Besuch der Universität ergab sich durch die Familientradition, wurde aber angesichts der hohen Anforderungen nicht als unumgänglich aufrechterhalten. Beachtenswert ist auch die Widerlegung des Vorurteils, daß Mädchen die Universität vorwiegend als standesgemäßes Heiratsinstitut betrachten. Im Fakultätendurchschnitt gibt lediglich ein Drittel der vorzeitig ausgeschiedenen Studentinnen die Heirat als Grund an. (Das sind bei einer groben Umrechnung auf die Gesamtzahl der weiblichen Studierenden im Untersuchungszeitraum 1961/62 etwa 4 vH.) In der Philosophischen Fakultät, ohnehin die Fakultät mit der höchsten Abbruchquote, folgt dieser Zahl sogleich der Anteil derjenigen exmatrikulierten Studentinnen, die einen Ausbildungswechsel als Grund für die Exmatrikulation angeben. Durch Einzelinterviews kann Frau Gerstein auch ihre Vermutung erhärten, daß die Heirat nur dann zur Aufgabe des Studiums führt, wenn schon zuvor unbefriedigt oder mit geringem Engagement studiert worden war. So fällt auf, daß gerade bei gescheiterten Studentinnen häufig ein Fakultätswechsel dem endgültigen Abbruch des Studiums vorausging.

Die hier lediglich auszugsweise dargestellten Ergebnisse des ersten Teiles der Untersuchung sind statistisch haltbar, obwohl kein umfassendes Zahlenmaterial zur Verfügung stand. Problematisch ist dagegen, daß vierzig Einzelinterviews, die nicht repräsentativ ausgewählt werden konnten, zur Erklärung der Ursachen des Studienabbruches ausreichen müssen. Unhaltbar wird die Analyse, wenn implizit die Ergebnisse der Einzelinterviews auf alle Studentinnen angewandt werden. Dieser grundsätzliche Einwand gegen die vorliegende Veröffentlichung gilt schon dem Titel des Buches „Studierende Mädchen“, der nur im Untertitel auf das „Problem des vorzeitigen Abgangs von der Universität“ hinweist. Zwar ist es wichtig zu erforschen, wie die ausgeschiedenen Studentinnen sich selbst in der Umwelt der Universität erlebt haben, doch dürfen daraus keine Folgerungen auf das Erlebnis der Mehrzahl der Studentinnen gezogen werden. Diese Methode widerspricht dem Grundsatz sozial-

psychologischer Analysen, Extrempositionen nicht zu verallgemeinern.

Zugegeben, die Untersuchung, die als befristete Prüfungsarbeit für den Grad des Magister Artium erstellt wurde, erhebt explizit nicht den Anspruch, die heutige soziale Situation der Studentinnen im Rahmen der Universität umfassend zu beschreiben; die Einschränkungen der allgemeinen Aussagen finden sich allerdings fast ausschließlich im Anhang der Arbeit. An uns ist es jedoch nicht, eine vorzügliche Prüfungsarbeit zu besprechen, sondern ein Buch, das zur öffentlichen Diskussion gestellt worden ist. Eine Arbeit, die aus dem soziologischen Seminar der Universität Tübingen kommt und von Prof. *Dahrendorf* eingeführt wurde, muß es sich gefallen lassen, daß sie mit den strengen Maßstäben gemessen wird, die gerade durch die vorbildlichen Beiträge dieses Seminars zur gegenwärtigen wissenschaftspolitischen Diskussion geschaffen wurden. Wenn eine solche Untersuchung publiziert wird, ist sie nicht mehr ausschließlich ein wissenschaftlicher Beitrag, sondern ist ebensosehr ein Beitrag zur *politischen* Diskussion. Dieser Diskussion hat Hannelore Gerstein einen schlechten Dienst erwiesen, indem sie durch die Publikation einer Voruntersuchung ungewollt das Vorurteil von der grundsätzlich frauenfeindlichen Universität bestätigen hilft.

Dieses Ärgernis wäre am besten durch eine von Frau Gerstein selber durchgeführte, großangelegte Analyse zu beseitigen, welche auch diejenigen Studentinnen mit einbezieht, die von den meisten Professoren und einem Großteil ihrer Kommilitonen ernst genommen werden und die Verbindung zwischen ihrer weiblichen Rolle und ernsthaftem Studium längst gemeistert haben.

Heide Johannsen

LUDWIG JEDLICKA

DER 20. JULI 1944 IN ÖSTERREICH

Verlag Herold, Wien-München 1965. 176 S., 8 Tafeln, 3 Faksimiles, 14,20 DM.

Österreich spielte in der politischen Strategie der Männer vom 20. Juli 1944 eine große Rolle. *Goerdeler*, *Kaiser* und *Leuschner* hatten in Österreich Verbündete gesucht, sind aber mit ihrer Vorstellung, Österreich könnte Bestandteil eines nachhitlerischen Deutschland bleiben, sowohl bei konservativen Kräften als auch bei sozialistischen in Wien auf keine Gegenliebe gestoßen. Nur in einem Entwurf Jakob Kaisers aus dem Januar 1943 wird die Möglichkeit einer Volksabstimmung über das weitere Schicksal Österreichs erwähnt. Sonst wurde das Verbleiben Österreichs bei Deutsch-

DEUTSCHE WIRTSCHAFT

land von den deutschen Unterhändlern immer als Selbstverständlichkeit betrachtet, und sie waren nicht wenig enttäuscht, als ihnen auseinandergesetzt wurde, daß das eine psychologische Unmöglichkeit sei. Daß diese Fehleinschätzung überhaupt aufkommen konnte, zeigt, wie sehr die deutsche Opposition von der Berührung mit der außerdeutschen Wirklichkeit ausgeschaltet war. Aber man kann dies nicht ohne weiteres als Beweis imperialistischen Denkens verurteilen, weil es der Opposition in Deutschland offenbar vor allem darum gegangen ist, die oppositionellen Stimmungen in Österreich mitzureißen und für ein gemeinsames Ziel, den Sturz des Tyrannen, nutzbar zu machen.

Als es ernst wurde, hat denn auch die strikte Ablehnung aller Österreicher gegenüber dem Gedanken eines Verbleibens in einem wie immer gearteten Deutschen Reich praktisch keine Rolle gespielt. Eine Reihe von Österreichern hatte an den Vorplanungen und der Durchführung des 20. Juli großen Anteil, ohne daß ihnen überhaupt eingefallen wäre, die Zukunft ihres eigenen Landes fixieren zu wollen. Ein enger Mitarbeiter und Vertrauter *Stauffenbergs* war der gebürtige Österreicher Oberstleutnant *Bernardis*, der wenige Tage nach dem mißglückten Putsch, von *Roland Freister* zum Tode verurteilt, hingerichtet wurde.

Professor Jedlicka, der Leiter des österreichischen Instituts für Zeitgeschichte, legt in

dieser kleinen, aber wohldokumentierten Arbeit die Zusammenhänge dar und gibt ein aufregendes Bild der Ereignisse des tragischen 20. Juli in Wien: Nach der erfolgreichen Inhaftierung der erreichbaren NSDAP-Größen kam der fürchterliche Rückschlag, als bekannt wurde, daß der Anschlag auf *Hitler* mißlungen und die Hauptaktion in Berlin gescheitert war. Das Buch enthält auch interessante Mitteilungen über die gewerkschaftliche Planung im Zusammenhang mit dem 20. Juli. Wilhelm Leuschner, Jakob Kaiser und *Max Habermann* (früher DHV) führten Besprechungen über die Schaffung einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung in einem vom Nationalsozialismus befreiten Deutschland. Der — auch heute tätige — österreichische Gewerkschaftstheoretiker *Ludwig Reichhold* hat darüber eine sehr ausführliche Niederschrift beigelegt. Jedlickas Buch ist so eine sehr wichtige Ergänzung der Literatur über den 20. Juli.

Dr. J. W. Brügel

KURZ ANGEZEIGT

Von der repräsentativen Gesamtausgabe der Dichtungen von *Josef Luitpold* „*Das Sternbild*“, deren Bände I, II, und III wir im Jahrgang 1965 besprochen haben (S. 377, 445, 702), sind jetzt die abschließenden Bände IV und V erschienen (Europa Verlag, Wien 1965/66. 450 bzw. 495 S., Ln. je 24,50 DM).